

**MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN IN ISRAEL – MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN DURCH DIE
PALESTINE AUTHORITY**

Bericht über einen Besuch in Israel

vom 3. bis 24. Februar 1997

von Alisa Fuss

INHALT

Vorwort

Kav La'oved

Physicians for Human Rights

Judaisierung der Stadt Jaffa

Demonstration gegen die Vertreibung der Jahalin-Beduinen (14.2.97)

Gespräch mit Charles Lenchner

Treffen mit Azmy Bishara (18.2.1997)

Die Chronik Dr. Sarrajs: Menschenrechte – wer soll sich darum kümmern? (Vortrag von R. Marton/PHR)

Vorwort

Ich will hier nicht über Dinge berichten, die ohnehin weltweit durch die Presse gegangen sind: z.B. den Hubschrauberzusammenstoß an der libanesischen Grenze – in der allgemeinen Trauer mit den üblichen nationalistischen Untertönen, die hie und da absurd-hysterische Züge annahm, war nach einigen Tagen doch auch „Volkes Stimme“ mit der Frage zu hören: Was haben wir eigentlich im Libanon zu suchen? –; die Bestechungsaffäre um die Ernennung eines Oberstaatsanwalts, in die Netanyahu verwickelt ist (nach dem Hubschrauberabsturz wochenlang Hauptthema der israelischen Nachrichtensendungen); oder die geplante neue jüdische Siedlung in Abu Ghneim (Har Homa) in Ost-Jerusalem.

Mir liegt eher daran, über die Aktivitäten kleiner Gruppierungen und einzelner zu berichten, von denen sonst wenig zu hören ist. Zusammengenommen vermitteln sie, glaube ich, auch einen etwas tieferen Einblick in die Probleme Israel/Palästinas als ein weiterer Bericht über die erwähnten „Großereignisse“.

Kav La'oved (Workers Hotline)

Nach den Unterlagen von Kav La'oved gibt es heute (1997) 103.000 registrierte, legale Fremdarbeiter in Israel, die auch sozialversichert sind. Außerdem leben nach Schätzungen des Regierungsbüros für Statistik ca. 47.000 Fremdarbeiter in Israel, die sich hier illegal aufhalten und arbeiten. Insgesamt wird die Zahl der Fremdarbeiter – also legale und illegale – nach stark differierenden Schätzungen mit 250.000 bis 400.000 angegeben, in jedem Fall liegt der Anteil der Illegalen also weit höher als die regierungsamtliche Schätzung.

In Israel ist jeder Arbeiter, ob legal oder illegal, unfallversichert. So haben auch die Illegalen bei Arbeitsunfällen Anspruch auf medizinische Hilfe; krankenversichert sind sie hingegen nicht, im Falle einer nicht arbeitsbedingten Krankheit haben sie nur in unmittelbarer Lebensgefahr Anspruch auf medizinische Hilfe – die Kosten werden dann von den Krankenhäusern aufgefangen.

Ein legaler Fremdarbeiter bezahlt seinem Unternehmer einen Dollar pro Tag für die Sozialversicherung. Aber nicht alle Unternehmer führen das eingezahlte Geld auch an die Nationalversicherung ab; häufig werden auch die Arbeitsunfälle nicht gemeldet. Die Unternehmer haben ein starkes Interesse daran, daß kranke, nicht arbeitsfähige Fremdarbeiter in ihr Heimatland abgeschoben werden, weil es für den „Import“ von Fremdarbeitern einer staatlichen Genehmigung bedarf und die Zahlen limitiert sind – der kranke Arbeiter besetzt, so lange er sich noch in Israel aufhält, den Platz, den der Unternehmer mit einem „Frisch-Import“ füllen könnte. So kommt es zu Fällen wie dem eines rumänischen Fremdarbeiters, der nach einem Arbeitsunfall mit kompliziertem Beinbruch im Krankenhaus lag: Sein Unternehmer schickte ihm Leute ans Krankenbett, die ihn mit massiven Drohungen aus dem Krankenhaus holten und versuchten, ihn abschieben zu lassen. Heute lebt er illegal in Israel, aufgrund seines nicht ausgeheilten Beinbruchs als Krüppel.

Aus Rumänien kommen sehr viele Fremdarbeiter in Israel, sie werden dort von israelischen Unternehmern in Rekrutierungsbüros angeworben – darüber gibt es einen sehr informativen Videofilm von Kav La'oved.

Inzwischen unterstützt auch die israelische Gewerkschaft, die Histadrut, stärker als früher die Arbeit von Kav La'oved - beide Organisationen arbeiten sehr oft zusammen. (Die Histadrut scheint sich überhaupt wieder mehr auf ihre Aufgabe als Arbeitnehmervertretung zu besinnen.)

Ein großer Teil weiblicher Fremdarbeiterinnen kommt von den Philippinen und aus Thailand – sie arbeiten v.a. in Privathaushalten, als Haushaltshilfen oder Krankenpflegerinnen. Kav La'oved sucht deshalb dringend Kontakt zu Menschenrechtsorganisationen aus ihren Heimatländern.

Die Fremdarbeiter sind zum großen Teil während der Intifada als Ersatz für die palästinensischen Arbeiter aus den besetzten Gebieten ins Land geholt worden. Für die Palästinenser aus den besetzten Gebieten bedeutet das, daß sie kaum noch Chancen haben, eine Arbeit zu finden. Privaten Schätzungen zufolge haben nur noch ca. 20.000 bis 30.000 Palästinenser aus dem Gaza-Streifen eine Stelle in Israel (wo sie übrigens keinesfalls übernachten dürfen; die, die dort arbeiten, müssen über Nacht immer wieder nach Hause fahren – das bedeutet meist Fahrzeiten von zwei bis fünf Stunden.)

Von den Aktivitäten der Israelisch-Palästinensischen Ärzte für Menschenrechte

Diese Organisation hat kürzlich eine Forschungsarbeit über die Zustände in den israelischen psychiatrischen Krankenhäusern herausgegeben, in der besonders darauf hingewiesen wird, daß die Kranken nach wie vor häufig an ihren Betten festgebunden werden. Kürzlich starb auf diese Art eine Frau. Das Festbinden, das v.a. der Bequemlichkeit oder Entlastung des Personals dient, wird als „Strafe“ eingesetzt. Man weiß nicht, was skandalöser ist, die Tatsache selbst oder diese Begründung – jedenfalls wird mit ihrer Hilfe das Festbinden (wieder) salonfähig gemacht: Statt daß diese Unsitte verschwindet, wird sie immer mehr angewandt.

Seit der „Autonomie“-Regelung hat sich die medizinische Versorgung der Palästinenser nicht verbessert – eher im Gegenteil: Die Behandlungskosten von Palästinensern in israelischen Krankenhäusern müssen von der palästinensischen Autonomie-Behörde übernommen werden. Da aber die israelischen Krankenhäuser zwar gut, aber teuer sind, drängt die Autonomie-Behörde darauf, die Kranken in Jordanien operieren/behandeln zu lassen, wo die Kosten zwar niedriger, die Behandlung aber auch weit schlechter ist. So ist es inzwischen öfter vorgekommen, daß Patienten in Jordanien operiert wurden, aber so schlecht, daß die Ärzteorganisation dann doch noch für eine Operation in einem israelischen Krankenhaus sorgen mußte (natürlich haben nur wenige Kranke so viel Glück). Besonders setzt sich die Ärzteorganisation für die Verletzten oder Angehörigen der Todesopfer ein, die durch liegengebliebene Munition der israelischen Armee verunglückt sind.

Das letzte Todesopfer ist der 14-jährige Jugendliche Lashi Drama aus dem Dorf Tubas in der Nähe von Jenin, der die Herden seiner Familie hütete. Er starb, weil er auf Sprengstoff trat, den das israelische Militär hinterlassen hatte.

Die Dörfer in der Umgebung von Tubas leben vom Getreideanbau und der Viehzucht. Das israelische Militär hat viele tausend Dunam dieser Anbau- und Weideflächen beschlagnahmt und sie zu militärischem Übungsgelände erklärt, obwohl sie den Bewohnern von Tubas gehören, die sie seit vielen Jahren bearbeiten. Tanks fahren über frische Aussaaten und vernichten die Ernte. Selbst in der Nähe der Wohnhäuser macht das Militär Übungen – wie durch ein Wunder hat es hier noch kein Unglück gegeben. Und auf den bebauten Feldern bleibt viel hochexplosives Militärmaterial einfach liegen – eine ständige Gefahr für die Bewohner. Seit 1988 hat es 60 solcher Detonationen gegeben,

88 Palästinenser sind dabei getötet worden, davon waren 64 Kinder unter 16 Jahren – und, von allem anderen abgesehen, die Opfer oder deren Angehörige haben bisher nicht einen Pfennig Entschädigung bekommen.

Das Leben eines Palästinensers ist in Israel u.U. weniger als einen Pfennig wert

Am 18. November 1996 standen vier Soldaten, die im November 1993 Iyad Mahmoud Awad Badran getötet hatten, vor einem israelischen Militärgericht. Sie waren angeklagt, weil sie sich nicht an die Richtlinien zur Eröffnung des Feuers gehalten hatten. Militär-Staatsanwalt und Verteidigung handelten einen Vergleich aus: Die Angeklagten sollten 30 Tage Gefängnis, ausgesetzt auf ein Jahr zur Bewährung, erhalten. Die drei Militärrichter unter der Leitung von Ilana Stern lehnten den Vergleich ab und ordneten eine Buße von einer Agora an – das sind 0,0033 Dollar, weniger als ein Pfennig. Die israelischen Soldaten hatten den 18jährigen Iyad Baran nicht in Notwehr erschossen. Das Auto, in dem Badran fuhr, mußte anhalten, weil die Straße von einem Van mit zivilen Nummernschildern versperrt war. Sekunden später zielte ein Scheinwerfer auf sein Auto und unmittelbar darauf folgte eine Salve von Schüssen. Badran wurde getötet. Dem israelischen Offizier zufolge, der mit der Untersuchung beauftragt war, hatten die Soldaten gefeuert, weil das Auto sich von ihnen *fortbewegt* habe. Der Fall erregte internationales Aufsehen. Der Militärstaatsanwalt legte daraufhin Berufung ein, und das Urteil lautet nun auf die ursprünglich vorgeschlagenen 30 Tage mit einem Jahr Bewährungsfrist.

Judaisierung der Stadt Jaffa

Aus der - einst arabischen - Stadt Jaffa sind nach Gründung des Staates Israel die meisten arabischen Einwohner geflohen, bzw. vertrieben worden. Nur etwa 20.000, die allerärmsten, sind geblieben.

30.000 Häuser wurden abgerissen, um Neubauten für jüdische Einwohner hochzuziehen, und in die gut erhaltenen arabischen Häuser sind Juden eingezogen. Die übrig gebliebenen Araber sind keine Hausbesitzer, sondern Mieter von Wohnungen, die der israelischen Amidar-Wohnungsgesellschaft gehören oder von ihr verwaltet werden. Deshalb fallen sie unter den Mieterschutz und können nicht gekündigt werden.

Ein altes arabisches Viertel in Jaffa ist von jüdischen Künstlern restauriert worden und bildet heute mit seinen Galerien eine Touristenattraktion.

Da sich Tel Aviv – die jüdische Nachbarstadt Jaffas – nach allen Seiten hin ausbreitet, wirft man inzwischen auch auf die übrig gebliebenen von Arabern bewohnten Häuser ein begehrlisches Auge. Reiche Juden unterlaufen den Mieterschutz: Sie gehen zu einem arabischen Mieter und bieten ihm Tausende von Dollars dafür, daß er sein Wohnrecht auf sie überträgt. Der Anreiz ist für die armen Bewohner natürlich riesengroß. Der wahre Wert des Grundstücks, auf dem das Haus steht, ist indessen hundertfach höher. Außerdem steht der verkaufsbereite Araber vor einem zusätzlichen Problem: Wo soll er hin? In Tel Aviv oder einer jüdischen Siedlung wird nicht an Araber vermietet. So kann man zwar nicht von direkter Vertreibung reden, aber schleichend und unspektakulär läuft es auf dasselbe hinaus und ist vielleicht noch wirkungsvoller.

In Jaffa stehen große Plakate, die – auf hebräisch – einladen: „Komm nach Jaffa und wohne in einem Gemälde!“ Und tatsächlich entstehen dort immer mehr Luxusvillen für gehobene Ansprüche – nur für Juden.

Demonstration gegen die Vertreibung der Jahalin-Beduinen (14.2.97)

In den letzten Wochen begann die israelische Regierung die Beduinen vom Stamm der Jahalin aus ihren Häusern und von ihrem Land zu vertreiben, wo sie seit über 40 Jahren wohnen. All das nur, um Platz für die Vergrößerung der Siedlung Ma'aleh-Adumim zu schaffen, um die Profite der Bauunternehmer zu steigern, die dort Luxuswohnungen errichten. (Die Siedlung liegt indessen nach allen Seiten frei auf einem Hügel – man sollte meinen, dort wäre noch genug Platz, auch ohne die Jahalin zu vertreiben.)

Bei der überfallartigen Vertreibung der Beduinen waren Hunderte von Soldaten und Polizisten eingesetzt. Sie verfrachteten die ersten fünf Familien mit roher Gewalt auf Lastwagen und luden sie auf dem für sie vorgesehenen neuen Platz ab: ein steiniger, kahler Hügel in Sichtweite der Siedlung, der das ganze Jahr über Tag und Nacht starken Stürmen und der glühenden Sonne ausgesetzt ist, ohne irgend etwas, 500 Meter vom Müllplatz des Ortes Abu Dis entfernt. (Obwohl es nach israelischen Gesetzen verboten ist, in einem Umkreis von 2 km um eine Müllhalde herum menschliche Behausungen zu errichten!)

Wenig später wurden auch die übrigen 40 Jahalin-Familien von ihrem angestammten Platz neben Ma'aleh-Adumim deportiert, wo sie schon viele Jahre lebten, lange bevor jemand daran dachte, dort eine Siedlung zu bauen. Auch diese 40 Familien sollen nun mit ihren kleinen Kindern auf dem „Ersatzland“ in Zelten und fensterlosen und rostigen alten Eisencontainern leben. Die Regierung, die das beschlossen hat, hat sich nicht einmal um eine minimale Infrastruktur bemüht. Am Platz gibt es ein Wasserrohr mit 3 Wasserhähnen – so eine Ausstattung genügt nicht einmal für ein kleines Sommerlager, geschweige denn für einen Ort, an dem Hunderte von Menschen ihr ganzes Leben verbringen sollen. Jeder Familie übergibt die Regierung „großzügig“ eine „Behausung“: eben die fensterlosen, verrosteten Blech-Container, die besonders im sehr langen Sommer in dieser Region unerträglich sein müssen. Natürlich hat niemand daran gedacht, ihnen Fertighäuser hinzustellen von der Art, wie sie vielfach jüdischen Siedlern zur Verfügung gestellt werden!

Und zu alledem gehört der Regierung das Land nicht einmal, das sie den Jahalin zugesprochen hat. Das Land, zu Regierungseigentum deklariert, ist in Wirklichkeit Eigentum von Bewohnern von Abu Dis. Wenn die Jahalin-Beduinen dieser Transaktion zustimmen, werden sie also zu Teilhabern an den Landenteignungen von anderen Palästinensern!

Was die Regierung den Beduinen von Jahalin antut, ist ein schweres Unrecht und ein schwerer Verstoß gegen die Friedensprozeß. Am Freitag, dem 14.2., waren etwa 200 Menschen auf dem kahlen Hügel, der den Jahalin zugedacht ist, versammelt – u.a. ein Vertreter der palästinensischen Autonomie-Verwaltung, Gush Shalom, Rabbiner for human rights, die Rechtsanwältin Linda Brayer für eine christliche Gruppierung, die sich seit Jahren für die Beduinen einsetzt –, um gegen dieses Unrecht zu protestieren. Die Demonstration unter dem Motto: „Die israelische Regierung handelt in unserem Namen. Wer nicht seine Stimme zum Protest erhebt, ist mitschuldig an dem Unrecht!“

Gespräch mit Charles Lenchner, Administrative Director der neu gegründeten Palestinian Human Rights Monitoring Group (PHRMG; Executive Director: Bassam Eid, im Vorstand u.a. Dr. Haidar Abdel-Shafi). Ihr erstes Bulletin ist gerade erschienen.

9.2.97

Nach dem neuerlichen Tod eines Gefangenen durch Folter in einem palästinensischen Gefängnis war in den (israelisch-) arabischen Zeitungen nichts darüber zu lesen, nur in der hebräischen Presse. In zwei Jahren hat es bisher schon 11 Tote durch Folter gegeben!!

Was die skandalösen palästinensischen security courts (Militärgerichte) angeht, so hielten die meisten Länder sie für juristisch unhaltbar – nur die USA und Israel begrüßten sie.

Eine Kritik daran in palästinensischen Zeitungen ist undenkbar. Ebenso ist es fast unmöglich, palästinensische Anwälte zu finden, die Anklage gegen die Folterer erheben. (Das gilt übrigens auch bei Morden um der „Familienehre“ willen!)

Es passieren die absurdesten Fälle: So wurden etwa zwei Männer verhaftet, gesondert in Einzelzellen gehalten und gefoltert. Sie sollten zugeben und unterschreiben, sie hätten den jeweils anderen ermordet! Nachdem sie unter der Folter zusammengebrochen und entsprechende „Geständnisse“ unterschrieben hatten, wurden sie ohne Prozeß entlassen und trafen sich auf der Straße wieder!

Da im Gegensatz zu den israelischen Gefängnissen, wo es klare Instruktionen und Verordnungen gibt, in den palästinensischen Gefängnissen völlige Willkür herrscht, meinen viele Palästinenser inzwischen, in den israelischen Gefängnissen (obwohl dort auch nicht alles zum besten steht) sei es immer noch besser gewesen als nun in den palästinensischen. Bei einer Anhörung im palästinensischen Parlament zu diesem Problem verließ ein Abgeordneter, der selbst in israelischen Gefängnissen gesessen hat, den Saal: Er wollte die palästinensische Verwaltung nicht öffentlich bloßstellen. Das ist typisch für die Atmosphäre. Zunächst aus Freude über die neugewonnenen Möglichkeiten und dem Glauben an die neuen Institutionen, inzwischen aber v.a. aus Angst wagt niemand mehr, sich öffentlich zu äußern. Die verschiedenen palästinensischen Menschenrechts-Gruppen schweigen, geben keine Bulletins mehr heraus, und ihre früher sehr bekannten Führer, wie Raji Sourani oder Dr. Eyad Serraj, sind verstummt.

Mit israelischer Zustimmung hat Arafat einen riesigen, aufgeblasenen Polizeiapparat aufgebaut, der in den autonomen Gebieten, besonders in Gaza, fast der einzige Arbeitgeber ist. Viele junge Menschen ohne Aussicht auf andere Lohnarbeit drängen sich, in den Polizeidienst aufgenommen zu werden. Darüber steigt sowohl die Militarisierung als auch die Loyalität zu dieser Instanz und zu ihrem Boss, Yassir Arafat. Zwar werden diese Probleme auch im palästinensischen Parlament zur Sprache gebracht, z.T. sogar heftig kritisiert, besonders von Fatah-Leuten, die sich vor den palästinensischen Geheimdiensten nicht fürchten müssen, für die sie als alte Fatah-Leute – auch gegen Arafats Weisungen – sakrosankt sind. Aber die parlamentarische Kritik bleibt wirkungslos. Beobachter der Vorgänge im palästinensischen Parlament sind deshalb optimistisch und pessimistisch zugleich: Optimistisch, weil Arafat auch von seinen eigenen Leuten kritisiert wird – aus den o.g. Gründen von ihnen sogar am schärfsten. Pessimistisch andererseits deshalb, weil das Parlament allem Anschein nach völlig ohnmächtig ist.

Treffen mit Azmy Bishara (18.2.1997)

Er hält es nach wie vor für richtig, daß er sich in die Knesset hat wählen lassen, denn seit er dort ist, hört man auch andere Stimmen. Die anderen arabischen Abgeordneten bisher vertraten die Interessen ihrer Dörfer und Städte, forderten ein größeres Budget usw. Azmy Bishara spricht von den Menschenrechtsverletzungen und von Demokratisierung, seine Perspektive ist umfassender. Er

ist kein Nationalist, der sich nur für arabische Belange einsetzt. Was er anstrebt, ist eine gemeinsame arabisch-jüdische Partei.

Für die ehemaligen Linken, sowohl auf arabischer als auch auf jüdischer Seite, ist das bisher kein Thema. Doch kommen immer mehr Leute zu ihm, die sich dafür interessieren. Von den älteren Intellektuellen sind zu nennen Amnon Raz, Michel Warshawsky (der einer solchen Partei im Moment aber kaum Chancen gibt), Chaim Hanegbi und Gideon Levi (von Ha'aretz).

Ca. 40% der Aktivitäten Azmy Bisharas gehen in diese Richtung. Kürzlich hat sich sogar eine jüdisch-orientalische Gruppe, ZACH, mit der Bitte an ihn gewandt, sie in ihrem Kampf um gesellschaftliche Gerechtigkeit für die orientalischen Juden vertreten. Azmy Bishara wünscht sich viele Juden in seiner neuen, noch zu gründenden Partei, nicht nur Tausende von Arabern. Aber bis zur Gründung dieser Partei sind viele Probleme zu überwinden: Unter den in Frage kommenden Gruppierungen gibt es viele untereinander verfeindete linke Splittergruppen, ehemalige Konkurrenten, die die alten Ressentiments noch behalten haben.

Von allen Oppositionellen, mit denen wir gesprochen haben, wird Azmy Bisharas Kandidatur für die nächsten israelischen Präsidentschaftswahlen sehr begrüßt. Obwohl er natürlich keine Chancen hat, ist diese Kandidatur außerordentlich wichtig, um deutlich zu machen, daß es möglich ist und sein muß, daß auch ein israelischer Araber das Land als dessen Präsident vertritt.

In der Knesset bringt Azmy Bishara unermüdlich Gesetzesvorschläge ein und läßt keine Ausschußsitzung aus. Er findet oft Anerkennung von anderen Knessetabgeordneten. Aber natürlich hat er Feinde: Da er auch Araber kritisiert und besonders die Menschenrechtsverletzungen der palästinensischen Behörden in der Westbank und in Gaza anprangert, ist er bei diesen schlecht gelitten. Er hält die palästinensischen Behörden mit ihrem Chef, Arafat, für eine Mafia, die auch in bezug auf die Finanzen korrupt ist. Ein Beispiel: Um die internationale Hilfe an die palästinensischen Flüchtlinge weiterzuleiten, gab es zwei Vorschläge: 1. jeder einzelne sollte einen Betrag erhalten, der dem Wert seines (verlorenen) Bodens, Hauses usw. entspricht. 2. die ganze Summe sollte an die palästinensischen Behörden gehen (die dann für die Verteilung sorgen würde). Arafat war strikt gegen den ersten Vorschlag. Alles Geld sollte an seine Behörden gehen, und die einzelnen Flüchtlinge sollten ihre Ansprüche dort vortragen.

Ein anderer, etwas absurder Fall: Ein vermögender israelischer Jude, Esra Bliliot, der im Ausland, etwa in Budapest, Spielcasinos betreibt, wollte (als joint venture) mit einem vermögenden Araber aus Jericho, Samir Tarifi, in großem Stil ein Spielcasino in Jericho eröffnen. Der Wirtschaftsberater von Arafat, Khaled Sulam, wandte sich an die beiden Geschäftsleute und sagte, Arafat würde ihr Vorhaben nur genehmigen, wenn sie ihm 10% der Aktien überließen. Als Samir Tarifi damit nicht einverstanden war, wurde er verhaftet und sitzt nun im Gefängnis. Die Anklage lautet auf „Zusammenarbeit mit den Israelis“. – Ein Kommentar ist überflüssig.

Da die Menschenrechtsorganisationen der Palästinenser – aus Angst vor Verhaftungen und Repressalien – so gut wie mundtot sind, erwägt Azmy Bishara, eine gemeinsame Menschenrechtsorganisation von und mit Arabern israelischer Staatsbürgerschaft und palästinensischen Arabern zu gründen, um letzteren den Rücken zu stärken.

Gush Shalom bzw. Ury Avneri wirft Azmy Bishara vor, daß sie zu den Menschenrechtsverletzungen in den „autonomen Gebieten“ schweigen. Tatsächlich wird dort (laut) kein kritisches Wort gegen Arafat geäußert – allerdings mit bedenkenswerten Argumenten: Als Israelis, die den Palästinensern dies alles eingebrockt haben, hätten sie keinerlei Recht, sich in deren innere Angelegenheiten ein-

zumischen und sich gar noch als Schulmeister in Sachen Demokratie und Menschenrechte aufzuspielen. Allerdings ist fraglich, ob das nicht kurzschlüssig gedacht ist und ob es nicht doch angesichts der Schwierigkeiten der palästinensischen Oppositionellen sogar eine gewisse Verpflichtung gibt, sich zu äußern oder diese unterstützen. Zu dieser Frage – einer der schwierigsten im Verhältnis der jüdischen und arabisch-palästinensischen Oppositionellen in Israel – hat Ruchama Marton von der Israelisch-Palästinensischen Ärzteorganisation kürzlich den folgenden Artikel veröffentlicht.

Die Chronik Dr. Sarrajs: Menschenrechte – wer soll sich darum kümmern?

Vortrag von Dr. Ruchama Marton, Vorsitzende der PHR (Israel) am Samstag, dem 22.6.1996, in Athen

Am Sonntag, dem 9. Juni 1996, ist Dr. Eyad El-Sarraj durch die palästinensische Autonomiebehörde verhaftet worden. Dr. Sarraj, ein in London ausgebildeter Psychiater, ist Vorsitzender des *Gaza Community Mental Health Programme* sowie Generalkommissar der *Palestinian Commission for Human Rights*. Dies war bereits seine dritte Verhaftung innerhalb von sechs Monaten. Bei der zweiten Verhaftung am 18. Mai 1996 war er acht Tage festgehalten und anschließend auf Bewährung freigelassen worden. Damals war er wegen eines Interviews mit der *New York Times* verhaftet worden, in dem er der palästinensischen Autonomiebehörde (PA) und deren Vorsitzenden Arafat offen Mißachtung der Menschenrechte vorwarf.

Am Morgen des 10. Juni wurden die Büroräume des *Gaza Community Mental Health Programme* von Ermittlungsbeamten der palästinensischen Kriminalpolizei durchsucht. Dabei wurden Unterlagen und Computerdisketten beschlagnahmt. Palästinensische Polizeiquellen behaupteten, im Büro sei auch eine marktfähige Menge Marihuana gefunden worden. Die Verhaftung Dr. Sarrajs erfolgte aufgrund eines Sonderhaftbefehls, ausgestellt durch den obersten Staatsanwalt der PA, *Attorney General* Khaled El-Qidrah, dessen späteren Angaben zufolge Dr. Sarraj wegen „illegaler Substanzen“ verhaftet worden sei. Laut El-Qidrah stand die Verhaftung in keinerlei Zusammenhang mit Dr. Sarrajs öffentlicher Kritik an den Menschenrechtsverletzungen und Beschränkungen der Meinungsfreiheit durch die PA. Doch Dr. Sarraj hatte am Tag vor seiner Verhaftung einen Brief an den PA-Vorsitzenden Arafat geschrieben, in dem er zwar bedauerte, Arafat persönlich beleidigt zu haben, jedoch klar machte, daß er seine Kritik an der Korruption der PA und an der Folter in den Gefängnissen Gazas aufrecht erhalte.

Dr. Sarraj wurde im Zentralgefängnis in Gaza in Einzelhaft gehalten. Am 11. Juni gelang es ihm, folgenden Kassiber aus seiner Gefängniszelle zu schmuggeln:

„An Raji Sourani,

ich bin geschlagen worden, und heute versuchen sie, eine Anklage wegen Drogen zu fabrizieren. Mein Leben ist in Gefahr. Bitte hilf mir. Die Lage ist sehr ernst.

Eyad“

Vier Tage lang wurde es Dr. Sarraj verwehrt, einen Anwalt zu sehen. Ohne Vorankündigung wurde Dr. Sarraj am Donnerstag, den 13. Juni, vom *Security Court* (Militärgericht) willkürlich zu fünfzehn Tagen Haft verurteilt – angeblich hatte er einen palästinensischen Polizisten geschlagen. Obwohl es der Gruppe *Physicians for Human Rights* gelungen war, für Dr. Sarrajs Jerusalemer Anwalt, Khader Shkirat, eine Einreiseerlaubnis nach Gaza zu bekommen, wurde Dr. Sarraj die Hinzuziehung seines Rechtsbeistands in diesem Prozeß verweigert. Erst nach diesem Termin vor dem Militärgericht durfte Dr. Sarraj sich mit seinen Anwälten beraten. Diese mußten beim *Magistrate's Court* stundenlang warten, bevor die Anhörung zu den drogenbezogenen Anklagepunkten begann. Wie Herr Shkirat berichtete, schien der Arzt physisch und psychisch gebrochen. Das Gericht gab Dr. Sarrajs Bewährungseruschen statt. Trotz dieser Zusage blieb Dr. Sarraj weitere fünfzehn Tage in Haft, weil er in dem Verfahren vor dem *Security Court*, bei dem ihm anwaltliche Vertretung verweigert worden war, dafür verurteilt worden war, angeblich einen Polizisten geschlagen zu haben.

Wie schon bei seinen früheren Verhaftungen haben auch nach dieser israelische Menschenrechtsorganisationen, u.a. unsere eigene, *Physicians for Human Rights* (PHR), mit all ihren Kräften für die Freilassung Dr. Sarrajs ge-

arbeitet. Die PHR haben ihre Bemühungen darauf konzentriert, internationalen Druck auf die PA auszuüben, und täglich Medien-Alarmrufe und elektronische Presse-Erklärungen herausgegeben. Infolge dieser Bemühungen gingen bei dem Vorsitzenden Arafat, bei Justizminister Frieih Abu Medein und dem obersten Staatsanwalt Khaled E-Qidrah Dutzende von Briefen ein, unterzeichnet u.a. vom Gouverneur des US-Bundesstaats Washington, vom Präsidenten der PHR/USA, vom Washingtoner Vertreter des Zentrums für Folteropfer, vom gewählten Präsidenten der Physicians for Social Responsibility, vom Präsidenten des schwedischen Verbands der Gesundheitsbeamten und vom britischen Unterstützerkomitee, um nur einige zu nennen.

Der Fall Dr. Sarrajs wirft einige schwierige Fragen auf, die der Klärung und Diskussion bedürfen. Wir sollen sich israelische Menschenrechtsorganisationen wie die Physicians for Human Rights künftig in Fällen verhalten, die offenbar innerpalästinensische Angelegenheiten sind?

Bevor ich mich diesen schwierigen Fragen zuwende, erlauben Sie mir, kurz zusammenzufassen, welcher Situation wir in den letzten Jahren gegenübergestanden sind. Bis vor kurzem konnten israelische Menschenrechtsgruppen unbefangen, ohne Zweideutigkeiten oder Mißverständnisse befürchten zu müssen, sowohl persönlich als auch öffentlich zum Thema Folter Stellung nehmen. Die politischen Veränderungen in der Region seit der Unterzeichnung des Oslo-II-Abkommen im September 1993 haben die Dinge komplizierter gemacht. Im Lauf der letzten zwei Jahre sind im Westjordanland und im Gazastreifen verschiedene Verantwortlichkeiten an die Palästinenser übertragen worden. Die PA hat neun interne Sicherheitsdienste geschaffen, mit insgesamt 32.000 Polizisten – das bedeutet, auf 62 palästinensische Zivilisten kommt ein Polizist. Hinzukommen etliche Minister, stellvertretende Minister, Polizeikommandanten und -offiziere, so daß der Eindruck einer unabhängigen Selbstverwaltung entstand.

In Wahrheit ist die PA jedoch keineswegs unabhängig. Die israelische Armee ist weder dazu verpflichtet worden, auch nur eine ihrer Befugnisse über die palästinensische Bevölkerung abzutreten, noch hat sie das jemals getan. Die israelischen Sicherheitsbestimmungen haben nach wie vor Gültigkeit. Sogar in den vorgeblich inneren Angelegenheiten gibt es keine Autonomie, weder de jure noch de facto. Sicherlich existieren einige Symbole von Unabhängigkeit, doch es gibt keine echten Machtbefugnisse, keine wirklich unabhängige Rechtsprechung. So ist z.B. die PA angeblich für die Anmeldung neuer Einwohner zuständig. Tatsächlich gehen die Niederlassungsanträge bei der PA nur ein, die Entscheidung über deren Annahme oder Ablehnung wird jedoch von Israel gefällt. Ein weiteres Beispiel: In den Oslo-Abkommen sind einige Bereiche, einschließlich der Sicherheit, als „ganz“ unter palästinensische Zuständigkeit fallend definiert. Den Palästinensern ist dort ausdrücklich die Zuständigkeit für die inneren Angelegenheiten und die Rechtsprechung im Westjordanland übertragen worden. Als „Administrativhäftlinge“ definierte palästinensische Gefangene aus diesen Gebieten werden jedoch weiterhin in israelischen Militärgefängnissen festgehalten. Und ihre Inhaftierung kann je nach dem Willen des israelischen Militärbefehlshabers im Westjordanland auf unbestimmte Zeit verlängert werden.

Auch im Bereich Medizin und Gesundheit gibt es eine Fülle von Beispielen für die fehlende palästinensische Autorität und Zuständigkeit. Heute muß jede Überweisung eines Patienten nach Israel, Ost-Jerusalem, Ägypten oder Jordanien durch einen palästinensischen Arzt von einem israelischen Arzt des israelischen Koordinationsbüros für Gaza abgesegnet werden oder, schlimmer noch, durch einen nicht medizinisch ausgebildeten Angestellten des israelischen Koordinationsbüros für das Westjordanland. Israel mischt sich in die medizinische Autonomie palästinensischer Krankenhäuser ein, indem es die Ein- und Ausreise zwischen Westjordanland, Gazastreifen und Ost-Jerusalem reguliert. Palästinenser brauchen eine Einreisegenehmigung nach Israel, sie brauchen sie aber auch, um nur von einem PA-verwalteten Gebiet in ein anderes zu gelangen. Israelisch-palästinensische Medizintechniker z.B. brauchen jedesmal, wenn ein medizinisches Gerät repariert werden muß, eine israelische Einreisegenehmigung. Israel stellt Quoten für die Anzahl von palästinensischen Ambulanzfahrzeugen und -fahrer auf, die nach Israel einreisen dürfen. Es werden ihnen auch zeitliche Beschränkungen auferlegt – so als könnte die israelische Regierung bestimmen, wann ein Herzinfarkt oder ein sonstiger Notfall eintritt. Palästinensische StudentInnen, die ein Auslandsstipendium beantragen, brauchen eine israelische Einreisegenehmigung, um ein Visum beantragen und an den Zulassungsprüfungen teilnehmen zu können. Israel entscheidet, welche Medikamente vom palästinensischen Gesundheitsministerium importiert werden dürfen, ferner von wem, wie oft und auch wie.

Die Errichtung der Palästinensischen Autonomiebehörde nach dem von den Delegierten Israels und der PLO unterzeichneten Übereinkommen hat am rechtlichen Status der besetzten Gebiete, einschließlich der Gebiete unter PA-Verwaltung, nichts geändert. Völkerrechtlich sind die Gebiete allesamt noch besetztes Gebiet. Man könnte eine lange Liste aller Machtbefugnisse aufzählen, die Israel weiterhin hat, doch ich will hier nur einige nennen: die Kontrolle über Reisen aus den besetzten Gebieten nach Jordanien und Ägypten; die Herrschaft über die Küstengrenze des Gazastreifens; die Zuständigkeit für die Außen- und Sicherheitspolitik der PA; und, besonders wichtig, das Vetorecht hinsichtlich aller Regelungen und Vorschriften der PA. Mit anderen Worten, die israelische Herrschaft über die palästinensische Zivilbevölkerung dauert bis heute an, sowohl rechtlich – aufgrund verschiedener Übereinkommen – als auch praktisch im täglichen Leben. Israel kann PA-Bürger daran hindern, das Land zu verlassen oder von einem Teil der selbstverwalteten Gebiete in den anderen zu reisen. Es beherrscht die Ein- und Ausfuhr von Geräten und Gütern. Es kann die Küste Gazas sperren und so die Fischer daran hindern, ihr Auskommen zu erwirtschaften.

Menschenrechte

Der israelische Druck auf die PA ist zu einer Kernfrage der Beziehung zwischen den beiden geworden. Die israelische Öffentlichkeit neigt dazu, die Interimszeit als eine Art Probezeit zu betrachten, die Israel der PA auferlegt, hauptsächlich um „die Fähigkeit Arafats, den Terrorismus zu bekämpfen“ zu prüfen. Israel setzt unverhohlen seine Macht über die PA ein, um sie dazu zu bringen, israelischen Interessen zu dienen, auch wenn dies krasse Menschenrechtsverletzungen mit sich bringt, wie etwa Massenverhaftungen, Militärgerichtsprozesse, außegerichtliche nächtliche Prozesse und Folter.

Israel hat wiederholt zugesichert, die Abriegelung der besetzten Gebiete ganz oder teilweise aufzuheben, vorausgesetzt, daß die PA eine große Zahl der Mitglieder und Anführer von Hamas und anderen Oppositionsgruppen verhaftet. Die vom Leiter der Sicherheitsdienste am 7. Februar zum Ausdruck gebrachte Bestürzung Israels angesichts des „Fehlens eines schnellen und effizienten palästinensischen Justizsystems“ hat dazu geführt, daß Arafat am nächsten Tag per Sonderdekret die Militärgerichtsbarkeit einführte. Der nächste Schritt folgte am 15. Februar, als Yitzchak Rabin zu Arafat sagte: „Sie haben das Militärgericht eingeführt; urteilen Sie jetzt die Verdächtigen ab!“ Seitdem sind sehr viele Menschen verhaftet, gefoltert und verurteilt worden.

Die meisten Strafen fielen kurz aus, sehr zum Bedauern Israels. Zumindest ein Oppositionsmitglied jedoch ist zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Später, am 12. April, formulierte Israels Umweltminister Yossi Sarid die israelischen Bedingungen sehr explizit: „Wir haben sehr bestimmte Forderungen. Eine davon ist, Terroristen vor Gericht zu bringen. Das ist gestern geschehen, und so soll es auch sein. Wenn wir zu dem Schluß kommen, daß diese Politik entschieden und beständig ist, dann, glaube ich, steigen die Chancen, daß die Verhandlungen bis zum 1. Juli abgeschlossen und bis spätestens kommenden Herbst in die Tat umgesetzt werden.“

Diese Art der Verständigung findet ihren Ausdruck in willkürlichen und ungesetzlichen Verhaftungen, in längeren Haftzeiten ohne Gerichtsentscheid, in Schnellverfahren ohne Rechtsbeistand und in der Anwendung von Foltermethoden wie Schlagen, quälendes Fesseln oder das Tropfen kochenden Plastiks auf die Haut eines Verdächtigen während des Verhörs. Manche dieser Methoden ähneln denen der israelischen Sicherheitsdienste.

Nach dieser langen Einführung möchte ich zum Fall Dr. Sarrajs und zu den Fragen zurückkehren, die dieser beispielhafte Fall aufwirft.

Die PA begeht die Menschenrechtsverletzungen zwar selbst, doch sie sind zum großen Teil das Ergebnis von israelischem Druck, von Israel gegenüber eingegangenen Verpflichtungen und mit Israel geschlossenen Abkommen. Beide Seiten ziehen es aus unterschiedlichen Gründen vor, die PA als unabhängiger darzustellen, als sie tatsächlich ist.

Dank seiner Persönlichkeit und Position hat Dr. Eyad El-Sarraj ständig und mutig gegen diese Menschenrechtsverletzungen protestiert und Alarm zu schlagen versucht. Um die weiter andauernde Besatzungssituation zu beschreiben, zog er sogar Parallelen zwischen israelischer und palästinensischer Herrschaft. Dr. Sarraj hat auf Arabisch, Hebräisch und Englisch, in Zeitungen und in Briefen gesagt, was „nicht hätte gesagt werden dürfen“,

und er hat es laut gesagt. Nachdem er jahrelang gegen die Folter gekämpft hat, ist er nun selbst gefoltert worden.

Dr. Sarrajs Kampf war einsam. Sein außergewöhnlicher Mut bei der Erfüllung dieser Aufgabe verdient Anerkennung und Beifall. Palästinensische Menschenrechtsorganisationen, die während der Intifada aktiv waren, sind jetzt still, zumindest was die Menschenrechtsverletzungen durch die PA angeht. Al-Haq hat in den letzten anderthalb Jahren keinen einzigen Bericht mehr veröffentlicht. Einige der Mitarbeiter sind zurückgetreten, ohne jedoch ersetzt zu werden; die Stimme Al-Haqs findet ohnehin kein Gehör. Das von Feisal Hussein gegründete Palestinian Human Rights Information Center (PHRIC) ist seit Errichtung der PA völlig gelähmt.

Bei anderen Organisationen wie dem Mandela Institute oder dem von dem Anwalt Raji Sourani geleiteten Palestinian Center for Human Rights etwa ist die Situation etwas besser. Sie haben jedoch nur begrenzte Mittel, und so konzentrieren sie sich auf Intervention und Rechtsberatung innerhalb der PA-Gebiete und wenden sich selten an die internationale Öffentlichkeit.

Als Dr. Sarraj zum ersten Mal verhaftet wurde und besonders nach seiner jüngsten Verhaftung entstand eine spontane, enge und produktive Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Menschenrechtsorganisationen sowohl innerhalb Israels als auch zwischen israelischen und palästinensischen Organisationen. Drei Tage lang haben die PHR rund um die Uhr für die Freilassung Dr. Sarrajs gearbeitet; wir standen in stündlichem Kontakt mit dem Gaza Community Health Programme, dem Palestinian Center for Human Rights und einer ad-hoc-Koalition israelischer Organisationen. Dank unserer Bemühungen bekam ein Anwalt aus Ost-Jerusalem zweimal eine Einreisegenehmigung, um Dr. Sarraj vor Gericht zu vertreten.

Doch diese Bemühungen stellen uns vor einige wichtige Fragen: Sollen israelische Menschenrechtsorganisationen wie die PHR eine radikalere Haltung einnehmen als palästinensische NGOs? Ist das eine angemessene Art von Beistand? Sieht man vor allem den einzelnen, der verhaftet und gefoltert wird, oder sollte man den weiteren Kontext in Rechnung stellen, daß nämlich die israelische Besatzung weiter andauert, und deshalb Angriffe israelischer Menschenrechtsorganisationen gegen die PA als eine andere Form der Besatzung sehen?

Das bleiben offene Fragen. Mit der Darstellung der komplizierten politischen Situation in unserer Region wollte ich nur einige Punkte deutlich machen:

Erstens möchte ich die Tatsache hervorheben, daß hinter den Menschenrechtsverletzungen der PA Israel steht – wenn auch nicht unbedingt im Fall Dr. Sarrajs – und es deshalb unsere Pflicht ist, so laut als möglich gegen solche Menschenrechtsverletzungen zu protestieren.

Ich möchte auch das simplifizierende Urteil vermeiden helfen, das aus Unwissenheit entstehen könnte, daß nämlich die Aktivitäten der PHR und anderer eine neokolonialistische Einmischung in die Autonomie der PA seien. Ein solches Urteil wäre zugleich eine politische Stellungnahme, denn die Menschenrechte als solche setzen der Intervention besorgter Aktivisten zu ihren Gunsten keinerlei geographische Grenzen. Wie auch immer, die PHR sehen die Menschenrechte nicht als isolierte Angelegenheit, sondern als eine Frage, die innerhalb eines bestimmten politischen Kontexts behandelt werden muß. In diesem Sinne entspringt unsere Intervention gegen Menschenrechtsverletzungen auch durch die PA nicht nur unserem Auftrag, sondern auch der Tatsache, daß sie das Ergebnis israelischen Drucks sind.

Jetzt wie in der Vergangenheit ist es unser Anliegen, Notleidenden zu helfen, und ich wünsche mir, daß Sie sich klar machen, daß die PHR sich auch und vor allem mit Fragen nach dem Schicksal von der PA Verhafteter herumquält, die nicht so berühmt und einflußreich sind wie Dr. Sarraj. Schließlich möchte ich, daß Sie verstehen, warum die PHR keine konsistente Haltung zur PA einnehmen können. Die PHR arbeiten tagtäglich erfolgreich mit dem palästinensischen Gesundheitsministerium zusammen. Beide gemeinsam haben das Ziel, die medizinische Behandlung von Palästinensern in Israel, Bewegungsfreiheit für medizinisches Personal und – auch während der Abriegelung der besetzten Gebiete – die schnelle Lieferung medizinischer Vorräte in den Gazastreifen sicherzustellen. Andererseits kritisieren wir die PA auch scharf und öffentlich. Diese Situation ist weder Zufall noch Willkür, sondern darin spiegelt sich die schmerzhafteste, komplexe Wirklichkeit wider.

Wenn auch vielleicht nichts sonst, so verstehen Sie doch bitte das eine, daß es keine einfachen, klaren Lösungen für die Frage gibt, wie sich das Verhältnis zwischen israelischen und palästinensischen NGOs entwickeln sollte, um der sich verändernden politischen Situation gerecht zu werden. Es gibt auch keine einfachen Formeln

oder Rezepte, wie eine israelische Menschenrechtsorganisation wie die PHR auf Menschenrechtsverletzungen der PA reagieren sollte. Das wichtigste für uns ist, die Menschenrechte immer innerhalb des politischen Kontexts und innerhalb der politischen Wirklichkeit zu sehen und dort nach unseren Antworten zu suchen.